

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1962/2014**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 20.01.2014

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
Verfasser/-in: Dr. Martin Preiß und Dr. Klaus Dieter Greilich, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration		Zur Kenntnisnahme

### Betreff:

**Bericht zum Konzept zur Weiterentwicklung der Drogen- und Gewaltprävention an Schulen und Kindertagesstätten**  
**- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.01.2014 -**

### Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten über sein Konzept zur Weiterentwicklung der Drogen – und Gewaltprävention an Schulen und Kindertagesstätten zu berichten.“

### Begründung:

Die Schulen als Spiegelbild unserer Gesellschaft bleiben von Gewalt und Jugendkriminalität nicht verschont. Viele Probleme von Kindern und Jugendlichen, auch aus unterschiedlichen Herkunftsländern, werden hier offenbar. Es muss deshalb auch weiterhin Sozialarbeit an den Schulen stattfinden, die sich dieser Probleme annimmt. Nur eine offene Zusammenarbeit zwischen Schulen, Stadt und Justiz ist geeignet die vorhandenen Probleme wirksam zu bekämpfen und Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Hierzu haben die „Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen“ ( AGGAS ) , die Aktion „Schule machen ohne Gewalt“ ( SMOG ) und der Präventionsrat der Stadt Gießen schon wertvolle Arbeit geleistet und sollen diese auch weiterhin leisten.

Neue Erkenntnisse im Bereich der Suchtprävention, die kürzlich vom Suchthilfezentrum Gießen in der Presse vorgestellt wurden, legen die Vermutung nahe, dass eine wirksame Suchtprävention bereits in den Kitas beginnen sollte. Aus Sicht der FDP – Fraktion sollte

über die bisherigen Maßnahmen hinaus zur Prävention von Gewalt gegen und zwischen Kindern und Jugendlichen jedes Kind in Gießen während seiner Grundschulzeit ein geschlechterübergreifendes Trainingsprogramm absolvieren, das es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, in Problemsituationen eigenverantwortlich zu handeln.

Selbstverständlich müssen Eltern und Lehrer in ein solches Programm einbezogen werden. Die Finanzierung einer solchen Maßnahme muss mit dem Staatlichen Schulamt, der Landesregierung und den Eltern abgestimmt werden.

Da seit der letzten Kommunalwahl vom Magistrat und die ihn tragenden rotgrüne Koalition noch wenig zu dieser Thematik zu hören war, wird zunächst um einen Bericht über dessen Vorstellungen zu diesem für die Gießener Kinder und Jugendlichen ebenso wichtigen wie sensiblen Thema gebeten.

Dr. Martin Preiß  
Fraktionsvorsitzender

Dr. Klaus Dieter Greilich  
stellv. Fraktionsvorsitzender